

„Ideologie bewirkt Verhalten“ – Ein Interview mit Daniel Köhler**Isabelle Daniel¹**

Daniel Köhler ist wissenschaftlicher Leiter des *Institute for the Study of Radical Movements (ISRM)*. Zu seinem Tätigkeitsfeld gehören die Analyse von Deradikalisierungsprozessen, Methoden der Deradikalisierung und der Vergleich von Deradikalisierungsprogrammen. Darüber hinaus arbeitet er als Fallbetreuer im Bereich Islamismus in der Angehörigenberatung. Im Interview spricht Köhler über die Struktur und die Deradikalisierungsmethoden von *Exit Deutschland* und Unterschiede zu den staatlichen Aussteigerprogrammen des Verfassungsschutzes.

Bürokratisch betrachtet: Was ist Exit Deutschland und in welchem Zusammenhang steht das Programm zum Zentrum Demokratische Kultur (ZDK)?

Daniel Köhler: *Exit Deutschland* ist eine Initiative, ein Projekt und gleichzeitig auch eine Organisation. Sie ist Teil des NGO-Netzwerks Zentrum Demokratische Kultur GmbH, dessen unmittelbare Vorgängerorganisation 1997 ihre Arbeit aufgenommen hat. *Exit* selbst wurde im Jahr 2000 gegründet – von dem Kriminalisten Bernd Wagner und dem Aussteiger Ingo Hasselbach. Das ZDK umfasst verschiedene thematische Arbeitseinheiten. Eine davon ist die Arbeitsstelle Rechtsextremismus, in der *Exit* beheimatet ist. Daneben gibt es Islamismus mit der Arbeitsstelle Islamismus/Ultrationalismus, worunter auch das Programm Hayat als erstes bundesweites Projekt für Angehörige von hochradikalisierten Islamisten läuft. Die dritte Säule bildet die Forschungsabteilung *Institute for the Study of Radical Movements*, ein international ausgerichteter Forschungsbetrieb. Zum weiteren Tätigkeitsbereich des ZDK gehört das vierteljährliche Journal JEX sowie die Kompetenzstelle Deradikalisierung, die eine Dienstleistungsstelle für freie Wirtschaftsträger, Privatpersonen und Politiker ist.

¹ Isabelle Daniel studierte Politikwissenschaft und Geschichte und promovierte am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin. Daneben schreibt sie als freie Autorin für verschiedene Print- und Onlinemedien.

Lässt sich der Erfolg von Exit benennen?

Köhler: *Exit* arbeitet seit seiner Gründung 2000 kontinuierlich und ist im internationalen Vergleich eines der ältesten und erfolgreichsten Programme im Bereich Deradikalisierung von Rechtsextremismus. Es gibt zwar Programme außerhalb Deutschlands, die vor *Exit* gegründet wurden, die aber nicht so lange kontinuierlich durchgearbeitet haben. *Exit Deutschland* ist durch seinen Gründer Bernd Wagner stark kriminologisch geprägt. Hinzu kommt, dass Bernd Wagner schon in den neunziger Jahren mit der Deradikalisierungsarbeit von Rechtsextremismus begonnen hat, allerdings ohne institutionellen Rahmen.

Auf regionaler und lokaler Ebene gibt es viele weitere Initiativen für Aussteiger, auf Bundesebene allerdings nur zwei: *Exit Deutschland* und das Ausstiegsprogramm des Bundesamtes für Verfassungsschutz. *Exit Deutschland* ist rein quantitativ das größte und erfolgreichste Programm. *Exit* hat die meisten Anfragen und die meisten Fälle. Mit Abstand vor allen anderen Programmen hat *Exit* die niedrigste Rückfallquote, die aktuell bei 2 Prozent liegt. Diese Zahlen und Programme sind natürlich schwer zu evaluieren. Allerdings ist bei keinem Programm der Evaluierungsdruck so groß wie bei Deradikalisierungsprogrammen. *Exit* versucht durch qualitative Analysen wie Interviewanalysen, teilnehmende Sozialforschung, der Präsentation von *Exits* Methoden im Journal JEX, Kooperationen mit externen Wissenschaftlern und anderen Methoden Transparenz herzustellen. Aus meiner wissenschaftlichen Perspektive ist *Exit Deutschland* das am meisten evaluierte Projekt der Welt in diesem Bereich.

Wie sieht der Vergleich zwischen Exit Deutschland und dem Aussteigerprogramm des BfV konkret aus?

Köhler: Die Bundesregierung hat, auf eine kleine Anfrage hin, Anfang 2012 beide Programme verglichen. Dabei stellte sich heraus, dass *Exit Deutschland* fünfmal mehr abgeschlossene Fälle hat als das Programm des Verfassungsschutzes – und das bei einer deutlich geringeren Rückfallquote. Personen, die als rückfällig gelten, gehen in irgendeine Form kriminellen

Verhaltens zurück. Es gibt einen einzigen Betreuten, von dem wir vermuten, dass er wieder in rechtsextreme Belange zurückgegangen ist. Die meisten der wenigen Rückfälligen werden in anderen Zusammenhängen kriminell auffällig. Diese Quote liegt bei *Exit* aktuell bei etwa 2 Prozent. *Exit* hat über 500 abgeschlossene Fälle seit dem Jahr 2000, das BfV im gleichen Zeitraum ungefähr 100.

Was gilt als abgeschlossener Fall?

Köhler: Das klingt erst mal einfach, hat aber verschiedene dahinterliegende Konzepte: Wenn sich Fallbetreuer und zu Betreuender darüber einig sind, dass der Ausstieg abgeschlossen ist. Das heißt, die Voraussetzungen sind, dass die Person selbst sicher ist, dass sie keine Hilfe mehr benötigt, praktisch sowie auch ideologisch, und dass der Betreuer unter Berücksichtigung verschiedener Indikatoren der Meinung ist, dass eine Betreuung nicht mehr nötig ist.

Das funktioniert, weil sich im Laufe der Betreuung ein relativ enges Vertrauensverhältnis ergibt, vor allem angesichts der Tatsache, dass der Betreuer relativ genaue Einblicke in die persönliche Situation des zu Betreuenden, bekommt. Darunter fallen zum Beispiel die Bildungssituation, die Arbeitssituation, die Familiensituation und das allgemeine soziale Umfeld.

Was bedeutet Deradikalisierung in der Definition von Exit?

Köhler: Was *Exit Deutschland* vor anderen Aussteigerprogrammen auszeichnet, ist die Annahme, dass der Abbau von Ideologie der Kern von Deradikalisierung ist. Für *Exit* bewirkt Ideologie Verhalten. Ohne – in diesem Fall die neonazistische – Ideologie in ihren Versatzstücken abzubauen, kann keine Deradikalisierung und kein Ausstieg stattfinden. Das unterscheidet *Exit* auch massiv von staatlichen Programmen, weil staatliche Programme per definitionem nicht in diese Kategorien reinschauen können, dürfen und wollen. Keine Polizei

kann sich damit beschäftigen, welche Ideologie die Person hat, wenn sie nicht mehr straffällig ist. Das ist auch gut so, weil niemand will, dass es eine politische Polizei gibt.

Wir als Zivilgesellschaft können dagegen sagen: An dieser Stelle beginnt für uns der Ausstieg erst. Damit sich das Verhalten ändert, muss auch die dahinterliegende Ideologie verändert werden. *Exits* Ziel ist es dabei nicht, die Menschen zu vollen Demokraten oder zu verlässlichen Wählern zu erziehen. *Exits* Hauptziel ist es, zu einem selbstreflektierten, verantwortungsbewussten, auf Respekt basierendem Menschenbild zu führen, das auf der kritischen Reflexion der eigenen Vergangenheit und Persönlichkeit fußt und das auch dahin führt, dass man sich mit Respekt gegenüber jeglichem menschlichen Leben in dieser Gesellschaft bewegen kann. Die kritische Selbstreflexion ist da *Exits* zentraler Ansatzpunkt, weshalb *Exit* von Anfang an mit jedem praktischen Schritt der Ausstiegsarbeit damit beginnt. Von Anfang an versucht *Exit*, indem sie auf die Person zugehen, immer die kritische Reflexion einzubauen. Zum Beispiel, indem Aussteiger *Exit* am Anfang in einer Art Essay erklären, warum sie überhaupt eingestiegen sind, warum sie aussteigen wollen, was genau passiert ist.

Gibt es in diesen Essays immer wiederkehrende Motive?

Köhler: Da gibt es verschiedene Themen. Es gibt Personen mit hohem Bildungshintergrund, die Philosophie studiert haben und die deshalb in die rechte Szene eingestiegen sind, weil sie sich mit dem philosophischen Konzept des Faschismus identifizieren konnten. Andere hat das rechtsextreme Milieu angezogen, weil ihnen bestimmte Wirtschaftskonzepte zugesagt haben und aus einem Gefühl der Ungerechtigkeit heraus gegenüber Globalisierung oder ähnliches.

Dann gibt es weitere, bei denen es um Loyalität, Kameradschaft, Familienwerte geht, generell um Ideen wie Freiheit und Gerechtigkeit. Freiheit ist ein Riesenkonzept, das sehr oft vorkommt. Eine typische Schilderung ist, dass man sich vorher in der Gesellschaft nicht frei gefühlt hat, aber von der Szene angezogen wurde wegen der Idee von Freiheit, die dann letztlich in einem Austausch von individueller Freiheit gegen kollektive Freiheit besteht. Es

gibt dort dann das Konzept von Freiheit einer Gruppe im Sinne von Rasse und Nation, für die das Individuum geopfert wird. Das merken viele in der Szene, fühlen sich dann noch unfreier, was sie dann zum Ausstieg bewegen könnte.

Wie funktioniert die Deradikalisierung methodisch?

Köhler: Zentraler Beweggrund von *Exit* ist, die Ideologie, möglichst zugeschnitten auf die Person und ihre Situation, zu reflektieren und abzubauen.

Es gibt dafür eine riesige Bandbreite an Methoden. Man kann Workshops an Schulen machen mit Aussteigern, in denen sie sich erklären und auch versuchen, den Ausstieg deutlich zu machen. Es gibt Medienprojekte wie Ausstellungen, an denen Aussteiger selbst mitarbeiten und sich auch erklären, zum Beispiel in Texten zur Ausstellung. Relativ selten gibt es Opfer-Täter-Dialoge – wobei es dann überaus selten zum Dialog mit den Opfern der eigenen Taten kommt, sondern man steht dann stellvertretend für andere Täter aus der Szene und versucht, die Denkweise zu erklären. Dabei muss man sich auch selbst immer reflektieren.

Wie lange dauert ein Ausstieg in der Regel?

Köhler: Im Schnitt drei bis vier Jahre. Es gibt deutlich längere, aber auch deutlich kürzere. Das hängt immer von der Position ab, aus der man kommt. Es hängt auch von der Sicherheitssituation ab. Es hängt auch in hohem Maße davon ab, warum jemand aussteigt. Da gibt es im Wesentlichen zwei Ebenen:

Zum einen die externe Ebene, das heißt Ereignisse, beispielsweise Gewalterfahrungen. Oder die persönliche Situation ändert sich, man wird beispielsweise Vater oder Mutter, man verliert Freunde oder erlebt andere traumatische Ereignisse, die einen Zweifel auslösen können oder die jemandem das Gefühl geben: „Jetzt reicht’s. Ich kann nicht mehr weitermachen.“

Zum anderen die interne Ebene, also der Zweifel, das wirkliche Gefühl, an der Ideologie, der Gruppe und der Sache zu zweifeln.

Diese beiden Ebenen können sich gegenseitig auslösen. Es kann sein, dass man schon jahrelang ideologische Zweifel hatte, sich ausgebrannt fühlt, man keine innere Kraft mehr hat. Dann wartet man quasi auf den Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Andererseits kann es sein, dass man durch ein bestimmtes Ereignis zum Zweifel gebracht wird. Ein ganz einfaches Beispiel ist etwa: Man landet im Gefängnis wegen politischer Straftaten und dann schnappt einem der Kameradschaftsführer die Freundin weg oder dergleichen.

Woher kommen die Personen, die sich an Exit richten, in der Regel?

Köhler: *Exit* bekommt auch Kontaktanfragen von Leuten, die sagen, sie seien überzeugte Nationalsozialisten, aber es fühlt sich irgendwie nicht mehr richtig an. Da sind dann also bereits kleine Brüche drin. Andere, die anrufen, sagen, dass sie damit abgeschlossen haben, mit dem Kopf schon ausgestiegen sind, aber aus der Gruppe nicht rauskommen und dabei Hilfe brauchen.

Diese gesamte Bandbreite deckt *Exit* ab. Hauptsächlich kontaktieren *Exit* allerdings Menschen aus schwierigeren Situationen. Das sind Gruppenführer, Untergruppenführer, Parteiführer, Hochradikalisierte, die teilweise Jahre im Gefängnis verbracht, schwere Straftaten begangen haben oder dabei sind, schwere Straftaten zu begehen. Das geht bis hin zu Terroristen, die dann schon aktiv die Bombe im Keller liegen hatten und sich kurz vorher überlegen: Entweder mach ich's jetzt, oder ich steige aus.

Das ist eine wichtige Frage im Radikalisierungsprozess. Ab einem gewissen Punkt sagen viele: Es geht nur noch nach vorne. Man kann nicht mehr weniger machen. Entweder man geht weiter oder man hört auf.

Wie werden Aussteigerprogramme in der rechtsextremen Szene wahrgenommen?

Köhler: Exit Deutschland ist das einzige Programm, das in der rechtsextremen Szene überhaupt als Deradikalisierungsprojekt wahrgenommen wird. Wir haben eine Studie gemacht, indem wir in rechtsextremen Internetforen verglichen haben, wie präsent ist der Name *Exit* im Vergleich zum Beispiel zur Polizei, zum Verfassungsschutz und anderen Projekten ist. Das Ergebnis ist exorbitant: *Exit* ist das zehnfache mehr präsent als Projekt, das die rechtsextreme Szene stört als zum Beispiel der Verfassungsschutz. Das kennen wir auch von Aussteigern selbst, die wir fragen, wie sie Exit wahrgenommen haben, als sie noch aktiv waren. Polizei und Verfassungsschutz werden in der Szene nur bedingt als Gefahr wahrgenommen. Die Methoden, die Polizei und BfV anwenden sind für die meisten Mitglieder der Szene vielleicht nervig, werden aber nicht als Bedrohung ihrer Ideologie angesehen, wohingegen ein hochrangiger Aussteiger, der sich öffentlich einsetzt – ob vor Schulklassen, bei Schulungen mit Lehrern, bei Interviews oder in Kooperation mit der Wissenschaft – eine Wirkung hat qua seiner früheren Autorität in der Szene. So jemand hat ein Wissen, das auch zersetzt.

Kann ein Deradikalisierungsprogramm wie Exit spaltend auf die rechtsextreme Szene wirken?

Köhler: Wir sind aus kriminologischer Sicht der Meinung, und das können wir auch belegen, dass unser Ausstiegsprogramm hochgradig zersetzend auf die Szene selbst wirkt.

Es kann zum Beispiel sein, dass, wenn eine Person aussteigt, dieser Ausstieg auch andere Personen zum Ausstieg motiviert, Freunde, Bekannte. Auf jeden Fall aber hinterlässt ein Ausstieg eine Lücke in der Gruppe. Die Gruppe muss sich selbst erklären, wie dieser Ausstieg zustande gekommen ist, besonders, wenn es sich bei dem Aussteiger um einen Gruppenführer handelt, der dort jahre- oder sogar jahrzehntelang aktiv war. Was in aller Regel passieren wird, ist zunächst mal Denunziation. Es wird erst einmal gesagt: Der war korrupt, der war beim Verfassungsschutz, was auch immer. Selbst dann wird niemand erklären können, warum die Person so lange aktiv war und warum sie durch die angeblich

wahre Ideologie nicht geheilt wurde von seinen Problemen. Wie man es auch dreht und wendet: Die Gruppe wird durch einen Ausstieg in einen permanenten Erklärungszwang versetzt. Wir haben schon erlebt, dass ganze Gruppen zusammengebrochen sind mit einzelnen Ausstiegen, weil sie diesen ständigen Selbsterklärungszwang nicht verkraften können. Der Ausstieg muss irgendwie verarbeitet werden, und das verhindert, dass die Gruppe sich irgendwie ideologisch setzen, sich weiter reproduzieren und stärken kann.

Unabhängig davon, dass der Ausstieg Menschen hilft und jeder einzelne Neonazi, der aussteigt, einer weniger ist und auch eine Gefahrenquelle weniger ist, ist die Deradikalisierung auch eine Methode, ein Werkzeug zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus. Hier liegt auch der Unterschied zu anderen Projekten, da Bernd Wagner Exit eben auch als Anti-Terror-Organisation gebaut hat, als Baustein für die innere Sicherheit der Bundesrepublik. Andere Projekte verorten sich im Bereich sozialer Arbeit. Wir aber versuchen, den Ausstieg zu nutzen, um terroristische und extremistische Strukturen zu zersetzen.

Wie geht Exit mit der – ehemaligen oder noch bestehenden – Ideologie der zu Betreuenden um?

Köhler: Zentral dabei ist, dass die Würde des Menschen zentraler Baustein der Arbeit von *Exit* ist. *Exit* unterscheidet zwischen dem Menschen und der Ideologie. *Exit* würde niemals einen Spruch tätigen wie „Nazis raus“ – das würde man in der Wissenschaft als gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit deklarieren. Man muss in der Lage sein, Menschen anzusprechen, mit Menschen umzugehen und sie zu akzeptieren in ihrer Struktur, ihrer Biographie und gleichzeitig aber die Ideologie ablehnen können. Man muss in der Lage sein, gleichzeitig die Hand auszustrecken und Grenzen zu setzen. Das macht *Exit*: Sie sagen, dass sie jedem helfen, jederzeit und immer, der sich wirklich ändern will, weil sie die Ideologie natürlich nicht akzeptieren. Das ist generell ein Erfolgsrezept von *Exit*. *Exit* benutzt generell nicht den aktiven Ansatz, die sogenannte anfragende Struktur, sondern hat eine Komm-Struktur. Die Personen, die aussteigen wollen, kommen zu *Exit*.

Exit versteht sich als Aussteigerprogramm für Hochradikalisierte. Entspricht das auch den Kontaktanfragen?

Köhler: Tendenziell ist es so, dass diejenigen, die allein zu Exit kommen, aus dem hochradikalisierten Milieu kommen, weil *Exit* den entsprechenden Ruf hat. Das hat auch damit zu tun, dass *Exit* bundesweit arbeitet. Auch der ideologische Deradikalisierungsaspekt spielt eine entscheidende Rolle. Eine Selbstselektion findet da schon statt.

Es kommen aber auch Kontaktverknüpfungen von staatlichen Stellen, so zum Beispiel von Justizvollzugsanstalten, Schulen oder Sozialämtern. Andere staatliche Programme, zum Beispiel vom Verfassungsschutz oder Staatsschutz, sind da eher zurückhaltender. Aufgrund ihrer Definition schauen sie nur auf die Verhaltensebene. Deswegen sind die Programme beim Verfassungsschutz auch zeitlich begrenzt. Hochrangige Aussteiger gehen deshalb sehr selten zu staatlichen Programmen. Jemand, der aus einer hohen Position in der rechtsextremen Szene kommt, kann nach einem Ausstieg jahrelang bedroht werden. Daher braucht er auch eine entsprechend lange Betreuung, was der Verfassungsschutz jedoch nicht leisten kann und darf. Das staatliche Programm muss aufhören, wenn eine Person aus einer Gruppe raus ist und glaubhaft sagt, dass sie jetzt keine Straftaten mehr begeht.

Werden alle Anfragen bearbeitet?

Köhler: *Exit* versucht, alle ernstgemeinten Anfragen zu bearbeiten, sogar, wenn diese nicht von den Ressourcen gedeckt werden können. Zum Beispiel hat *Exit* im Jahr 2002 das erste Angehörigenprojekt in Deutschland überhaupt für Angehörige von Rechtsextremisten begonnen, das noch in einem Nachfolgeprojekt weiterfinanziert wurde, das es jetzt aber nicht mehr gibt. *Exit* kann also eigentlich keine Angehörigenberatung mehr machen, tut es aber, wenn sie Anfragen dazu bekommen. Obwohl die Arbeitszeiten und Reisekosten nicht gedeckt sind. Das müssen sie dann über Spenden und andere Mittel finanzieren. In diesem Fall sagen sie den Anfragenden, dass sie ihnen empfehlen, sich an andere Träger zu wenden,

bearbeiten aber die Anfrage, wenn sie es trotzdem wünschen – wenn auch mit eingeschränkten Leistungen.

Es gibt einige Ausnahmefälle von Anfragen, die *Exit* strukturell nicht bearbeiten kann – wenn also jemand aus einem anderen Bereich als dem rechtsextremen aussteigen möchte. In der Regel bearbeitet *Exit* aber alle Anfragen. Für den Bereich Islamismus ist dann wieder ein anderes Programm im ZDK zuständig.

Was passiert nach der ersten Kontaktaufnahme?

Köhler: Es gibt in den ersten zwei bis drei Monaten eine Art gegenseitigen Abtastprozess mit einem regelmäßigen Kontakt und Kommunikation über die Hintergründe und die Motivation für den Ausstieg zwischen dem Ausstiegswilligen und dem Betreuer. Wenn jemand diese Phase mitmacht und an deren Ende sagt: Das will ich und dort will ich hin, dann würde *Exit* diesen Fall niemals abgeben – es sei denn natürlich, die Person will das. Die Aussteiger sind hier freiwillig und können den Betreuungsprozess jederzeit abbrechen.

Dass sich die Fälle selbst zurückziehen, ist selten, weil sie nach dieser Anfangsphase in der Regel eine Bindung aufgebaut und Bedürfnisse haben, sonst würden sie nicht zu *Exit* kommen. Es gibt natürlich auch in dieser Anfangsphase einige Fälle, die sich wieder herausziehen, weil es zu viel Arbeit ist oder weil sie es gar nicht ernstgemeint haben. Es gibt auch viele, die mal vortesten und dann Jahre später erst den echten Ausstieg machen. *Exit* hat im Schnitt 40-50 aufgenommene Fälle pro Jahr, das ist das am häufigsten angefragte Programm in Deutschland.

Wie läuft ein Betreuungsprozess nach der Abtastphase typischerweise ab?

Köhler: Am Anfang steht natürlich ein persönliches Treffen zwischen dem Fallbetreuer und dem Aussteiger. In manchen Fällen besteht eine gewisse Dringlichkeit, was die Sicherheit des Aussteigers betrifft. Wenn jemand akut bedroht wird, muss natürlich sofort gehandelt und seine Sicherheit hergestellt werden. Sicherheit ist ein zentraler Aspekt, wobei *Exit* niemals

finanzielle Anreize oder Absicherung bietet. *Exit* bezahlt keine Schulden, übernimmt keine Kosten, um Tattoos entfernen zu lassen, bezahlt keine neuen Klamotten – andere Projekte, gerade staatliche, tun das zum Teil.

Aus *Exits* Perspektive ist es allerdings so, und da kommt wieder der Gedanke von Verantwortung und Selbstreflexion in Spiel: Man hat sich diese Tattoos erarbeitet, also muss man sie sich auch wieder wegerarbeiten. Man muss Verantwortung übernehmen und sich selbst die wirtschaftliche Situation schaffen, die es einem ermöglicht, Tattoos entfernen zu lassen. Was *Exit* natürlich hat, sind Kontakte zu Tätowierern, die Sonderpreise machen können. Geld zu geben setzt aus *Exits* Sicht jedoch die falschen Anreize zum Ausstieg.

Weiter geht es im Case Management: Soweit möglich, wird eine Art Generalanamnese durchgeführt. Wo ist die Person in ihrer Biographie: Wie ist die Bildungssituation, wie die Familiensituation, wie ist die Gruppensituation, wie die Gefährdungssituation? Im Grunde: Woher kommt die Person und wo will sie hin?

Dann versucht man, einen individuellen Ausstiegsplan zu entwickeln, zusammen mit der Person. Für uns ist die Person kein Klient oder Patient, sondern beteiligter Partner im Ausstiegsprozess.

Das kann sehr lange gehen, so lange eben, bis beide der Meinung sind, dass der Ausstieg jetzt vollzogen ist.

Zu betonen ist, dass *Exit* keine Strafverfolgung unterbrechen beziehungsweise behindern kann und will. Das heißt, durch ihren Ausstieg mit *Exit* können Personen nicht einer Strafverfolgung entgehen und auch nicht ihre Haftzeit verkürzen. *Exit* ist kein klassisches Resozialisierungsprogramm. Es kann natürlich im Einzelfall bei der Persönlichkeitsbewertung durch Polizisten oder Richter helfen, aber wir sind so nicht angelegt.

Was passiert, wenn Sie von Straftaten Kenntnis erhalten?

Köhler: *Exit* unterscheidet zwischen Kapitalverbrechen beziehungsweise schweren Straftaten und Ordnungswidrigkeiten oder ähnlichem. *Exit* fragt natürlich von Anfang an nach noch laufenden Strafprozessen und auch nach nicht aufgedeckten Geschichten. Für *Exit*

nicht relevant ist es zum Beispiel bei einem Kameradschaftsführer, der seit 20 Jahren aktiv ist und von dem *Exit* erfährt, dass er vor einem halben Jahr mal den Hitlergruß gezeigt hat. Wenn *Exit* aber erfährt, dass diese Person einen Bombenanschlag vorbereitet, jemanden umgebracht oder eine Körperverletzung begangen hat, dann ist es *Exits* staatsbürgerliche Pflicht, zusammen mit der Person die Verantwortung dafür zu übernehmen, zum Beispiel in Form einer Selbstanzeige.

Aktive Prozesse kann *Exit* zwar begleiten, indem sie zum Beispiel Einschätzungen zur Person abgeben. *Exit* versucht aber niemals, Prozesse zu beenden. *Exit* hilft natürlich bei anderen juristischen Problemen, zum Beispiel bei Mietstreitigkeiten oder Konflikten mit dem Arbeitgeber. In solchen Situationen können sie vermittelnd einschreiten.

Bei schweren Straftaten wird bei *Exit* immer versucht, zusammen mit der Person die Verantwortung zu übernehmen. Dasselbe gilt auch im Bereich Islamismus.

Was ist aus Ihrer Sicht sinnvoll: Ein öffentlicher oder ein nichtöffentlicher Ausstieg?

Köhler: Es gibt – vor allem staatliche – Programme, die *Exit* z.B. dafür kritisieren, dass sie mit Aussteigern in die Medien gehen.

Es ist zum einen so, dass die wenigsten Aussteiger, die von *Exit* betreut werden, öffentlich präsent sind. Vielleicht ein oder zwei Prozent der Aussteiger präsentieren sich mit Gesicht und Namen in der Öffentlichkeit und geben Interviews. Das hat konkrete Gründe: Natürlich kann ein stiller versus ein lauter Ausstieg strategisch sinnvoll sein. Die Personen, die aussteigen, haben im Grunde zwei Problemgruppen: Die eine ist vormalige Kameradschaft und die rechtsextreme Szene, aus der man aussteigen will. Die andere ist die Gesellschaft, in die man einsteigen will. Zum einen muss also die alte Gruppe einen loslassen, zum anderen muss die Zivilgesellschaft einen akzeptieren. Da gibt es eine große Lücke zwischen der internationalen Forschung und der deutschen Realität.

In gewissen Fällen, wenn jemand ein sehr bekannter Neonazi war und dann im Internet, vielleicht von der Antifa, geoutet wird, ist es quasi unmöglich, dass dem der Ausstieg abgekauft wird. Er oder sie wird überall auf Ressentiments treffen, sei es beim Arbeitgeber

oder beim Vermieter. In diesen Fällen kann es sinnvoll sein, öffentlich die Brücken abzurechen. Das kann auch psychologisch sehr sinnvoll sein, erhöht andererseits aber das Gefährdungspotential, weil man in der rechten Szene dann natürlich endgültig als Verräter gilt. Deswegen wägt *Exit* die Entscheidung, an die Öffentlichkeit zu gehen, mit der beteiligten Person sehr lange und sehr intensiv ab. Es gibt Personen, die von sich aus sagen, dass sie an die Öffentlichkeit möchten, um mit der alten Szene zu brechen, auf die Gefahr hin, dass die Gruppe sie dann noch mehr bedroht.

Die allermeisten aber steigen still aus. Das heißt nicht, dass man sie nicht für Studien interviewt oder sie zum Beispiel an Schulen gehen. Dort treten sie dann aber anonym auf. Überhaupt sind die meisten Medienprojekte, die wir machen, anonymisiert unter Garantie der Sicherheit.

Ist ein Ausstieg ohne professionelle Betreuung zu schaffen?

Köhler: Es gibt in der internationalen Forschung schon seit langem die These, dass man bei diesem Identitätswandelprozess eine dritte neutrale Partei braucht. Es gibt verschiedene Gruppen, die Interessen haben in diesem Prozess. Es gibt den Aussteiger und dessen Familie. Dann gibt es die Polizei und natürlich die vormaligen Kameraden. Eine weitere Gruppe ist vielleicht auch die Gesellschaft, die sagt: Wir vertrauen diesem Aussteiger nicht. *Exit* ist in dieser Konstellation der neutrale dritte Partner. *Exit* kann glaubwürdig eine Art Garantie aussprechen dafür, dass sie überzeugt davon sind, dass eine Person ernsthaft aussteigen will oder ausgestiegen ist. Das ist sehr wichtig als eine Art Siegel oder Label. Studien haben ergeben, dass ohne dritte Partei, die in keinem positiven oder negativen Verhältnis zum Aussteiger steht, ein Ausstieg nur schwer glaubwürdig vollzogen werden kann. Der Familie würde man nicht glauben, weil sie natürlich ein Interesse daran hat, dass der Ausstieg geglaubt wird. Auch die Polizei verfolgt immer eigene Interessen, vor allem betreffs der Informationsgewinnung. *Exit* hingegen hat keine Interessen, welche die Glaubwürdigkeit vermindern könnten. *Exit's* Interesse ist einfach, den Ausstieg zu vollziehen und der Person

dabei zu helfen. *Exit* haben kein Interesse daran, Personen als Aussteiger zu bezeichnen, die aus ihrer Perspektive keine sind.

Kommen Aussteigungswillige oft aus einem parteipolitischen Zusammenhang?

Köhler: Man kann da nicht unterscheiden, weil multiple Identitäten oder Gruppenzusammenhänge die Regel sind. Viele Aussteiger waren mal NPD- oder Kameradschaftsmitglied. Es kommt aber auch vor, dass Personen alles gleichzeitig sind. Die meisten Aussteiger haben einen ganzen Rucksack voll mit verschiedenen Identitäten, weil sie oft eine längere Karriere in der Szene hinter sich haben. Es gibt ja auch strategische Identitäten. Es gibt Aussteiger, die drei Gruppen geführt und in fünf Mitglied waren. Es stellt sich immer die Frage, was man erreichen will: Will man Wahlkampf machen, tritt man eher moderater auf. Geht es eher um Straßenkampf und darum, die Antifa bekämpfen, dann geht es eher in die militantere Ecke. Man sollte nicht den Fehler machen, anhand einer Identität Personen einer bestimmten Ecke zuzuordnen.

Es gibt auch viele Gruppen, wie beispielsweise die autonomen Nationalisten, die die NPD als zu lasch und bürokratisch ablehnen. Eine Tendenz gibt es jedenfalls nicht. *Exit* hat hochrangige NPD-Aussteiger, aber auch hochrangige Skinhead-Aussteiger ohne Bezug zur Partei.